

Online-Texte der Evangelischen Akademie Bad Boll

Zukunftsfähiges Deutschland – mitten in der Finanzkrise?

Angelika Zahrnt (BUND)

Bitte beachten Sie:

Dieser Text ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers/der Urheberin bzw. der Evangelischen Akademie Bad Boll.

© 2009 Alle Rechte beim Autor/bei der Autorin dieses Textes

Eine Stellungnahme der Evangelischen Akademie Bad Boll ist mit der Veröffentlichung dieses Textes nicht ausgesprochen.

Evangelische Akademie Bad Boll
Akademieweg 11, D-73087 Bad Boll
E-Mail: info@ev-akademie-boll.de
Internet: www.ev-akademie-boll.de

Zukunftsfähiges Deutschland – mitten in der Finanzkrise?

Angelika Zahrt (BUND)

Die Finanzkrise drängt jedes andere Thema an den Rand oder sogar ins politische Abseits: Der Klimaschutz wird zunehmend als Gefährdung des ohnehin gefährdeten Wachstums gesehen. Geld wird jetzt für die Rettung der notleidenden Banken benötigt und nicht für die notleidenden Menschen im Süden.

Kann man in einer solchen Situation, wo Staatsmänner und –frauen über kurzfristige Rettungsmaßnahmen aus der Finanzkrise und über Konjunkturprogramme für die Wirtschaftskrise konferieren, kann man da über Nachhaltigkeit und langfristige Perspektiven diskutieren? Ist nicht reparieren angesagt, statt analysieren oder gar philosophieren? Ist es angebracht in Zeiten, in denen alle über sinkende Kurse an den Börsen und sinkende Wachstumsprognosen lamentieren, über einen umfassenden Kurswechsel in Politik und Gesellschaft zu debattieren?

Ich meine ja. Der Crash des Finanzmarkts macht deutlich, dass wir nicht länger auf Pump leben können. Den Kollaps der Natur werden wir nicht über noch so große staatliche Milliardenprogramme wieder rückgängig machen können. Gerade die gegenwärtige Finanzkrise macht die Debatte über die miteinander verbundenen Krisen von Wirtschaft und Gesellschaft, Umwelt und Natur um so dringlicher – die Suche nach Ursachen, das Forschen nach Lösungen, das Gehen neuer Wege. Dies hat sich die neue Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ vorgenommen. Diese Studie ist eine Weiterentwicklung der ersten Studie „Zukunftsfähiges Deutschland – bei Beitrag zu einer globalen nachhaltigen Entwicklung“, die 1996 erschienen ist, damals herausgegeben vom BUND und Misereor und erarbeitet vom Wuppertal Institut. Der Ausgangspunkt dieser Studie war die Konferenz der Vereinten Nationen zu Umwelt und Entwicklung in Rio 1992.

Verbindung von ZD I zu ZD II

Die Konferenz der Vereinten Nationen zur Umwelt und Entwicklung in Rio 1992 hat die Staatengemeinschaft und Weltgesellschaft zu nachhaltiger Entwicklung aufgerufen und die Staaten haben sich dazu verpflichtet. Natur zu bewahren und Armut zu bekämpfen wurden als miteinander verbundene Herausforderungen erkannt, die nur gemeinsam zu lösen sind. Erkannt wurde auch, dass die Bewältigung dieser Aufgabe neue Konsum- und Produktionsmuster in den westlichen Industrieländern braucht, denn eine weltweite Übertragung des westlichen Lebens- und Wirtschaftsstils würden weder die Erde noch der Himmel aushalten. Zwei internationale Konventionen wurden in Rio erarbeitet zum Schutz des Klimas und zum Schutz der Biodiversität.

Eine große Konferenz, ein großes Medienecho, eine Agenda 21 für das 21ste Jahrhundert – aber danach ging die nationale Politik in der Bundesrepublik Deutschland zum Tagesgeschäft über. Der gesellschaftliche Aufbruch von Rio drohte im Allgemeinen und Unverbindlichen zu versanden und nachhaltige Entwicklung zum Spezialgebiet einiger Politikwissenschaftler zu werden.

Die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland, ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung“ hatte das Ziel, dem etwas entgegen zu setzen, nachhaltige Entwicklung konkret und politisch werden zu lassen: Was bedeutet das Konzept Nachhaltigkeit als weltweite und generationenübergreifende Gerechtigkeit, was bedeutet es für ein Industrieland wie die Bundesrepublik Deutschland? Was bedeutet es für die Politik, die Wirtschaft und für jeden Einzelnen? Die Studie hat das Konzept des globalen Umweltraums dargestellt, der gerecht zwischen allen Menschen zu teilen ist und künftigen Generationen Entwicklungschancen lassen muss. Sie hat die ökologischen Grenzen als Rahmen beschrieben, innerhalb dessen Wirtschaft und Soziales sich entwickeln können und sollen. Sie hat langfristige umwelt- und entwicklungspolitische Ziele bis 2050 aufgestellt. Die Studie hat politische Maßnahmen gefordert wie die ökologische Steuerreform, eine Nachhaltigkeitsstrategie, Effizienzstrategien bei der Ressourcennutzung und Suffizienzstrategien beim Lebensstil. Die Studie hat Leitbilder skizziert, die – über quantitative Ziele hinaus – eine Umorientierung vorstellbar machten.

Manche dieser Forderungen haben inzwischen Eingang in die Politik gefunden: So ist bei den internationalen Klimaverhandlungen der Anspruch auf gleiche pro Kopf-Emissionen je Weltbürger die Zielgröße, in der Bundesrepublik Deutschland gibt es eine ökologische Steuerreform und eine Nachhaltigkeitsstrategie, das Leitbild "Gut leben statt viel haben" hat sich als Slogan selbständig gemacht, Bio boomt und "Entschleunigung" hat seinen Weg in Feuilletons und Reiseprospekte gefunden. Dank vieler Diskussionsveranstaltungen zur damaligen Studie – allein 1000 im Jahr 1996 – ist nachhaltige Entwicklung überhaupt erst Gegenstand der öffentlichen Debatte geworden. Die heftigen Kontroversen haben Interessengegensätze deutlich gemacht und Erkenntnisse vorangebracht. In vielen Städten und Gemeinden hat die Studie zu einer Zusammenarbeit von Umwelt- und Entwicklungsgruppen geführt und lokale Agenda 21-Prozesse initiiert oder unterstützt.

Soweit, so positiv. Trotzdem ist festzustellen: Deutschland ist weit davon entfernt, die Herausforderung der Nachhaltigkeit ernst zu nehmen. Das zeigen die Zahlen – die Bilanz über die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung, die Bilanz in der neuen Studie. Die weltweite Bilanz zeigt: Der CO₂-Ausstoß hat im letzten Jahr drastisch zugenommen, die Liste der vom Aussterben bedrohten Arten ist länger geworden, die Armut in den Ländern des Südens ist nicht weniger geworden. Wir sind nicht auf dem Weg, ein zukunftsfähiges Land, eine zukunftsfähige Welt zu werden. Deshalb hat der BUND zusammen mit Brot für die Welt und dem Evangelischen Entwicklungsdienst eine neue Studie in Auftrag gegeben – wieder beim Wuppertal Institut. Damit wird die Kontinuität zur ersten Studie gewährleistet, vor allem aber hatte das Institut den Mut und die Fähigkeit, die Komplexität der Aufgabe anzugehen.

Wir müssen – bei allen Fortschritten in vielen einzelnen Feldern, bei vielen einzelnen positiven Projekten – die negative Gesamtbilanz zur Kenntnis nehmen und analysieren. Warum ist Nachhaltigkeit

inzwischen ganz oben in der Liste der am meisten benutzten Politikerworte und ganz unten, wenn es um politisches Handeln geht? Wo sind die Widerstände, die Interessen, die Konzepte, Werte und Bilder, die hartnäckig die Umsetzung von Erkenntnissen blockieren? Welche neuen Politikentwürfe und Strategien brauchen wir – in einer Zeit, die sich gegenüber der ersten Studie rasant geändert hat, mit der Beschleunigung der Globalisierung, der wirtschaftlichen Entwicklung der Schwellenländer wie China und Brasilien, der Durchsetzung des Neoliberalismus?

Die gängigen politischen Botschaften folgen den altbekannten Linien: Wachstum (nunmehr als "nachhaltiges Wachstum" aufgewertet) wird die Probleme der Beschäftigung in der BRD lösen, Wachstum wird die Armut in der Welt beseitigen und auch noch umweltschonend sein. Denn der Exportweltmeister BRD entwickelt die energie- und ressourcensparenden Techniken, exportiert sie in alle Welt und kann damit den Wohlstand in der BRD sichern und gleichzeitig wirtschaftliche und umweltfreundliche Entwicklung in den Ländern des Südens befördern. Wir alle können zuversichtlich sein: Wir brauchen nicht zu teilen und nichts Wesentliches verändern – nicht die Machtstrukturen und nicht das persönliche Verhalten.

Der BUND und seine Partner sind überzeugt, dass

- Nachhaltigkeitsrhetorik nicht weiter führt,
- Nachhaltigkeit nicht so leicht und konfliktfrei zu haben ist;
- ein Kurswechsel in Deutschland nötig ist und mehr erfordert, als einen neuen Kühlschrank oder ein spritsparendes Auto zu kaufen;

Es geht um grundlegende Fragen und Änderungen:

- neue globale Übereinkünfte sind notwendig (nicht nur im Finanzsektor) **und** eine Renaissance der Regionen,
- eine forcierte Effizienzstrategie für Energie und Rohstoffe **und** ein achtsamer Lebensstil;
- die Politik muss die Priorität gegenüber der Wirtschaft zurückgewinnen, **und** wir müssen berücksichtigen, dass Wirtschaft nicht nur die Geldökonomie umfasst, sondern Leistungen auch in Familie und Ehrenamt erbracht werden;
- wir brauchen neue Arbeitszeitmodelle, die auf Arbeit-Teilen setzen und wirtschaftliche und soziale Strukturen, deren Stabilität nicht von Wirtschaftswachstum abhängig ist.

Hierüber wollen wir eine gesellschaftliche Debatte anstoßen. Für diese Debatte soll die Studie eine Grundlage sein – für alle, die sich für die Zukunft verantwortlich fühlen. Deshalb hoffe ich, dass viele Menschen die Studie lesen und dazu beitragen werden, die Debatte über ein „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ voran zu bringen.

Die Studie soll trotz der negativen Gesamtbilanz auch ermutigen und aktivieren. Deshalb gibt es in der Studie viele positive Beispiele und Ausblicke auf mögliche positive Zukunftsentwicklungen.

Auf zwei zentrale Aussagen der Studie möchte ich heute eingehen: Die Verbindung der Krisen und die Frage des Wachstums.

Die Studie betont die Verbindung der verschiedenen Krisen und die Notwendigkeit, dass Wachsamkeit gegenüber allen Lösungsvorschlägen nötig ist, damit vermeintliche Lösungen nicht nur zu einer Krisenentschärfung in dem einen Bereich bei gleichzeitiger Krisenverschärfung in einem anderen Bereich führen.

In Rio 1992 war das Besondere die Erkenntnis, wie eng die Lösung der Umweltkrise mit der Bekämpfung der Armut verbunden sind.

Heute sind diese Krisenverflechtungen noch sehr viel deutlicher und vielfältiger. Zunächst möchte ich dies, ausgehend von der Krise des Klimawandels, aufzeigen:

- Der Klimawandel verschärft die Krise der Biodiversität. Vermeintliche Lösungen wie die Nutzung der Biomasse stellen gleichzeitig eine Gefährdung der Biodiversität und der Lebensmittelversorgung dar.
- Der Klimawandel hat gravierende Folgen für die Armut im Süden. Es zeigt sich aber auch, dass der Klimawandel auch die soziale Frage bei uns neu stellt (soziale Fragen bei steigenden Heizölpreisen z.B.).
- Der Klimawandel gefährdet den Frieden, weil er zur Degradation von Land führt (Wüstenbildung), weil Konflikte um Wasser verschärft werden, weil Wanderungen die Folge sind. Hieraus können sehr leicht – bei Hinzukommen von anderen Konflikten – lokale Kriege entstehen. Dafür wird als erster Klimakrieg bezeichnet.
- Klimaschutz ist auf weltpolitischer Ebene ein Beitrag zur Friedenssicherung, weil er die Konflikte um die Nutzung von Energie und Ressourcen entspannt und um die Sicherung der Transportwege (wie labil diese Versorgung ist, zeigt die gegenwärtige Krise in Georgien).

Die Verbindungen zwischen den Krisen lassen sich auch von anderen Ausgangspunkten her aufzeigen.

Die Krise der Biodiversität

- verschärft die Klimakrise (z.B. im Regenwald),
- verschärft die Armutssituation (weil die lokale Ernährungssituation verschlechtert wird),
- verschärft die Auswirkungen von Naturkatastrophen (Flutwellen sind ohne den Schutz der Mangrovenwälder viel gefährlicher),
- verschärft die Gefahr kriegsrischer Konflikte (Abholzungen und Wasserprobleme).

Die bisherige Politik ist gescheitert, die globale Armuts- und Umweltkrise zu lösen. Es ist offenkundig, dass der Neoliberalismus versagt hat. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban-Ki-Moon, sagte in der Vollversammlung der UN: Es ist Zeit für den Abschied vom naiven Glauben an die Magie des Marktes.

Zur Ehrenrettung des Marktes muss gesagt werden: Der Markt ist ein geeignetes Instrument, über Wettbewerb den bestmöglichen Einsatz von Kapital, Material, Menschen und Zeit zu erreichen. Das ist durchaus eine wichtige Angelegenheit, aber für den Markt spielen Ökologie und Gerechtigkeit keine Rolle. Deswegen muss Politik den Rahmen und die Regeln setzen und dabei dem Gemeinwohl die Priorität geben gegenüber dem Markt und den Profitinteressen.

Wenn man das heute sagt, findet man sich ja in ungewohnter Gesellschaft. Nach dem Zusammenbruch der Finanzmärkte überschlugen sich ja Politiker aller Couleur in einer Beschimpfung von Kasinokapitalismus und Raubtierkapitalismus, von Gier und Rücksichtslosigkeit. Dabei waren es oft die gleichen Politiker, die durch die Deregulierungspolitik diese Fehlentwicklungen überhaupt möglich gemacht haben. Das soll nun teilweise korrigiert werden – im Finanzsektor mehr Transparenz. Ziel ist dann, in ein, zwei Jahren wieder Rückkehr auf den Wachstumspfad – alles wird wieder gut und wie gehabt. Deshalb ist auch in Zeiten der Wirtschaftskrise das Thema Wirtschaftswachstum zentral.

Die Studie legt dar,

- warum unendliches Wachstum in einer endlichen Welt nicht geht,
- dass bisher Effizienzgewinne durch das Wachstum immer wieder überkompensiert wurden, so wenn zwar das neue Auto spritsparend ist, dafür aber umso mehr gefahren wird.
- dass Wachstumsraten irreführend sind, da sie sich auf eine immer größere Grundmenge beziehen (2% vom heutigen Bruttoinlandsprodukt sind von der Menge der Güter ein mehrfaches von 2% des Bruttosozialprodukts 1960).
- dass Wachstum und Wohlstand nicht miteinander verbunden sind ab einer bestimmten Basis der materiellen Sicherung; dies haben auch statistische Untersuchungen ergeben.
- dass Wachstum das Problem der Arbeitslosigkeit nicht gelöst hat und auch nicht lösen wird,
- dass Wachstum in Verbindung mit der Verteilung des Zuwachses gesehen werden muss. Bisher wurde der soziale Frieden auch über Wachstum hergestellt: Wenn der Kuchen insgesamt immer größer wird, dann wird für jeden das Kuchenstück größer. Da tritt die Größenverteilung der Kuchenstücke untereinander in den Hintergrund. Wenn es kein Wachstum mehr gibt, wird die Verteilungsfrage neue Schärfe gewinnen.

Für viele von uns ist das Thema Wachstum nicht neu, angefangen von den "Grenzen des Wachstums" des Club of Rome im Jahr 1972. Aber die Debatte war politisch nicht weitergeführt worden und ist für viele jüngere neu.

Die Botschaft der Studie ist:

- unendliches Wachstum ist nicht möglich. Deshalb müssen die Gesellschaften in den Industrieländern Abschied nehmen von der Fixierung auf Wachstumsraten. Das kommt durchaus einem Entzug gleich. Wir müssen unsere Probleme, vor allem soziale Probleme, anders lösen als über Wachstum.

- Wir müssen Abschied nehmen von dem Glauben, dass wir in den Industrieländern weiter wachsen, die Schwellenländer weiter wachsen und die armen Länder auch noch auf Wachstumskurs kommen und dass sich dieses verstärkte weltweite Wachstum dank der technologischen Entwicklung ohne Probleme, d.h. ohne Übernutzung der Erde erreichen lässt.

Um nicht missverstanden zu werden: Wir brauchen neue Technologien, wahrscheinlich sogar in einem Ausmaß, dass wir von der Notwendigkeit einer neuen industriellen Revolution sprechen müssen. Aber wir brauchen gleichzeitig einen Zivilisationswandel. Wir brauchen neue Lebensstile, die die Balance finden zwischen den Wünschen des Einzelnen und dem, was die Erde aushält.

Vielleicht werden Sie jetzt, was naheliegend ist, fragen: Wo bleibt die Landwirtschaft in der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland"?

1. *Die Studie "Zukunftsfähiges Deutschland in ZD I"*

In der ersten Studie 1996 hatte die Landwirtschaft eine prominente Rolle gespielt. Es gab ein Leitbild "Regeneration von Land und Landwirtschaft" und es gab eine ehrgeizige (aus heutiger Sicht ganz klar – eine zu ehrgeizige) Zielsetzung: Bis 2010 die flächendeckende Umstellung auf den ökologischen Landbau zu erreichen. Zur Erinnerung: Das war vor BSE und vor der Landwirtschaftsministerin Renate Künast. Diese Forderung in der Studie hatte damals weitreichende Folgen: Heftige Auseinandersetzungen mit dem deutschen Bauernverband bis zu Drohungen mit einem Spendenboykott für Misereor (bei dem BUND wäre eine solche Drohung nicht sehr wirkungsvoll gewesen), es gab Absagen von Veranstaltungen auf Druck eines Bischofs. Aber dies hatte auch positive Folgen: Es gab viele Diskussionen im ländlichen Raum, viele Veranstaltungen mit der katholischen Landjugendbewegung.

Die heutige Situation: Der ökologische Landbau hat sich positiv entwickelt, aber er macht immer noch nur 5% der Anbaufläche aus. Unter der rot-grünen Koalition war das Ziel von 20% Ökolandbau bis 2020 in die Nachhaltigkeitsstrategie aufgenommen. Jetzt – bei der Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie im Jahr 2008 ist das Ziel zwar übernommen worden, aber ohne Zeithorizont, also nicht viel wert. Es gibt eine absurde Situation: Die Nachfrage nach Biolebensmitteln ist da, die Bereitschaft der Bauern zur Umstellung ist da – was fehlt ist die staatliche Unterstützung bei der Umstellung. Dies wäre eine sinnvolle Maßnahme im Rahmen von Konjunkturpaketen gewesen. "Umstellungsschirme für die Biolandwirtschaft", da ja überall die Rettungsschirme aufgespannt werden, wäre eine Zukunftsinvestition gewesen statt Straßenbau und Schrottprämie für Autos.

2. *Landwirtschaft in der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland II"*

In der neuen Studie gibt es kein extra Kapitel zur Landwirtschaft, da sie unterschiedlich im Aufbau ist und das Klimathema im Mittelpunkt steht. Aber es gibt Verbindungslinien über das Thema Biomasse, über das Thema Ökolandbau und regionale Wertschöpfung, die Welthandelsbeziehungen, Landwirtschaft in Ländern des Südens und Auswirkungen unseres Konsumverhaltens auf die Länder

des Südens. Ein Beispiel: Wir essen Hähnchenbrust, die restlichen Teile gehen quasi als Abfallprodukte nach Afrika, gefährden die dortige Geflügelerzeugung und die Gesundheit, da die Kühlkette mangelhaft ist.

Zur Zeit wird ein Wachstum in der Landwirtschaft propagiert dank der Exporte landwirtschaftlicher Produkte, auch mit staatlichen Subventionen. Denn die Aufnahme von Nahrungsmitteln beim einzelnen Menschen ist physiologisch begrenzt und Übergewicht ein ernsthaftes Problem in Industrieländern. Wohin also mit der Ausweitung der Produktion dank immer größerer Effizienz, "dank" Massentierhaltung, Technisierung, Pestiziden und – wenn es nach der Industrie geht – auch bald dank Gentechnik?

In den Export, wie dies auch jetzt bei der Grünen Woche immer wieder zu hören ist. Die Konsequenz ist eine Verbreitung westlicher Nahrungsgewohnheiten, z.B. Fleisch- und Milchkonsum, mit der schlechten Nahrungsverwertung. Längerfristig wird der Export nicht mehr in dem Export von Fleischprodukten bestehen, sondern von Fleischfabriken, Massentierhaltungsställen mit entsprechenden Problemen. Der Weltagrarbericht setzt hier einen Kontrapunkt und die Bundesregierung muss ihn dringend unterzeichnen.

3. Abschließend einige Überlegungen und Fragen zu Landwirtschaft und Zukunftsfähigkeit und Fragen zu einer zukunftsfähigen Landwirtschaft.

1. Was könnte die Landwirtschaft an Erfahrungen beitragen, um die gegenwärtige Orientierung auf quantitatives Wachstum zu hinterfragen, etwas dagegen zu stellen? Es gibt die alte (biblische) Erfahrung von den sieben fetten und sieben mageren Jahren. Es gibt die Erfahrung von Schwankungen im Ertrag, auf die man sich einstellen muss. Bisher erweckte die Landwirtschaft bzw. ihre Funktionäre den Eindruck, als könne auch die Landwirtschaft sich in den Wachstumspfad einreihen, als gälte auch hier das Motto "Größer, weiter, mehr":

- Immer mehr Effizienz durch immer mehr größere Einheiten,
- immer mehr Produktion durch Einsatz von mehr Technik,
- immer weitere weltweite Verbreitung unserer Lebensmittel, immer mehr Verflechtung auch bei den Futtermitteln.

Als gäbe es keine Grenzen für die Milchleistung von Kühen, das Zurechtzüchten von Tieren nach unserem Geschmack, die Ausbeute des Bodens. Bäume wachsen nicht in den Himmel – aber immer schneller könnten sie ja wachsen für die Biomasse.

Könnte der Ökolandbau hier eine kritische, nachdenkliche, aufrüttelnde Stimme in der Öffentlichkeit sein (oder dies noch stärker sein) gegen diesen Wachstumskurs? Eine Stimme, die dafür plädiert, dass Landwirtschaft eine grundlegende Verantwortung für die Zukunft hat

- durch eine Bewirtschaftung, die die Qualität der Böden, des Wassers und die Artenvielfalt erhält,
- die zum Klimaschutz beiträgt,
- die zur Gesundheit der Menschen beiträgt,
- die auf Tiere Rücksicht nimmt und sie respektvoll behandelt,
- die die Kulturlandschaft erhält und die Dörfer und Arbeitsplätze,
- den Frühlingsspaziergang durch Obstbaumwiesen,
- den Geschmack frischgepressten Apfelsaftes im Herbst
- und den Schnaps im Winter.

Das klingt jetzt reichlich idyllisch. Aber genau dies sind doch die Gründe, weshalb die Nachfrage nach Biolebensmitteln boomt, weshalb Gasthöfe mit regionalen Spezialitäten "in" sind und "Region" nicht mehr als Provinz abfällig bezeichnet wird, sondern neue Wertschätzung erfährt angesichts des Einerleis unserer Supermärkte und Fußgängerzonen.

Klar kaufen die gleichen Leute, die am Bauernmarkt kaufen, auch bei Aldi und in finanziellen Krisen werden es mehr werden. Aber Krisenzeiten sind auch Zeiten, in denen alte Gewissheiten zusammenbrechen, in denen neu nachgedacht wird, in denen Neues entsteht. Wer hätte denn vor zwei Jahren gedacht, dass die Konsumentinnen den Automobilkonzernen ihre spritfressenden Modelle nicht mehr abkaufen und die sich jetzt auf den Halden stapeln? Und im Bereich der Lebensmittel gibt es eine lange Vorgeschichte an Erkenntnissen und Erfahrungen

- an Lebensmittelskandalen z.B. beim Fleisch,
- an Pestizidbelastungen,
- an Widerstand gegen Gentechnik,
- an Verärgerung und Unverständnis über den Joghurtbecher, dessen Bestandteile aus halb Europa kommen,
- an der Uniformierung und Geschmacklosigkeit von Äpfeln, Tomaten etc.

Ist das nicht die Zeit für eine Offensive – für eine zukunftsfähige Landwirtschaft? Ich meine jetzt nicht die nötigen aktuellen politischen Schritte in der EU, auf der Bundes- und Landesebene. Das steht immer an und hier sind Sie politisch aktiv, hier sind wir vom BUND aktiv.

Ich meine eine gedankliche Offensive: Wie sieht eine zukunftsfähige Landwirtschaft 2050 aus? Welchen Beitrag leistet die Landwirtschaft, damit der CO₂-Ausstoß in Deutschland um 90% reduziert wird? Welchen Beitrag leistet sie für eine dezentrale Energieversorgung? Wie gelingt es ihr, die Regenerationsfähigkeit der Natur zu erhalten und die Artenvielfalt? Wieviel Fleischverbrauch ist vertretbar – wenn wir die gleiche Menge allen Menschen auf der Welt zugestehen? Wie könnte die Struktur der

Landwirtschaft aussehen, wenn Energie sehr viel teurer wird? Welche Modelle bäuerlicher Betriebe oder Betriebsgemeinschaften könnten Leitbilder sein?

Die Biobranche ist zufrieden. Wieder ein weiteres Wachstum von 10%. Der Anteil der Fläche, die von Biobauern bewirtschaftet wird, ist auf fast 5% gewachsen. Das mag die Biobauern und den Biohandel zufrieden stellen. Als Beitrag zur Zukunftsfähigkeit der Landwirtschaft ist es völlig ungenügend und das Tempo der Veränderung auch.

Deshalb: Wie sieht die flächendeckende ökologische Landwirtschaft 2050 aus – und wie kommen wir dahin? Eine ganz unbescheidene Frage, für die es vielleicht ja schon Antworten gibt – vielleicht aber auch nicht. Ich freue mich auf die Diskussion.

Angelika Zahrt ist Ehrenvorsitzende des „Bunds für Umwelt und Naturschutz Deutschlands e.V.“